

Zu guter Letzt „Aller guten Dinge sind drei“

Henrik Peitsch

Nun haben wir sie doch. Die dritte Große Koalition. Wer erinnert sich noch an die erste und die zweite? Die erste bescherte uns u.a. die Notstandsgesetze und die APO. Die zweite u.a. die Mehrwertsteuererhöhung – trotz anderslautender Wahlversprechen. Eine APO und andere BürgerInnenproteste sind nicht zu erwarten (s. auch das Essay von Dirk Kurbjuweit im Spiegel vom 9.12.2013 „Republik Seelenruhe“). Aber eine Mehrwertsteuererhöhung wird kommen, sollte die Koalition ihre Versprechungen einhalten wollen!

Was haben die meisten Bürgerinnen und Bürger bei der letzten Wahl gewählt? Ca. 60 % wollten eine Abwahl der alten Regierung Merkel. Übrigens war die Wahlbeteiligung mit 71,5 % die zweitschlechteste seit Bestehen der BRD. Mit der Koalitionsentscheidung verfälscht die SPD den WählerInnen-Willen und reduziert die demokratische Opposition auf die Rolle einer parlamentarischen Randerscheinung mit unter 20 %. Wenn es der SPD-Führung 150 Jahr nach ihrer Gründung und zum 100. Geburtstag von Willy Brandt wirklich um die Einlösung ihres demokratischen Anspruchs und ihrer sozialen Verpflichtung ernst gewesen wäre, fernab von allen Machtambitionen, hätte sie in die Opposition gehen müssen. Ein Bündnis zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen hätte die letzteren mit der FDP zu einer Fußnote der Parteiengeschichte der BRD gemacht. Bei den Wahlen 1990 erreichten sie nur 5,1 % (Grüne West: 3,8 %, Bündnis 90/Die Grünen Ost: 1,2 %). Nur der Zusammenschluss auch im Westen mit dem Bündnis 90 retteten die Grünen vor dem parlamentarischen Untergang (s. auch den Aufsatz von Eitel von Maur).

Es ist befremdlich und zeugt m.E. von einem eigentümlichen Demokratieverständnis, das Votum der Mitglieder der SPD zum Koalitionsvertrag hochzustilisieren: „369.680 Mitglieder unserer SPD haben heute gemeinsam Demokratiegeschichte geschrieben“ (Mitgliederbrief der SPD). Eine Diskussion im Vorfeld des Vertrages fand nicht statt! Ein Abstimmung darüber, ob überhaupt Verhandlungen mit der CDU geführt werden sollen, wäre wahrhaft demokratisch gewesen und entspräche dem Motto von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen!“ „Eine Große Koalition ist noch keine Diktatur, sie ist eher eine Demokratieschleifmaschine.“ (Dirk Kurbjuweit)

Prof. Dr. Frank Brettschneider von der Universität Hohenheim kommt in einer Textanalyse des Koalitionsvertrages u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- „Der Koalitionsvertrag 2013 ist in erster Linie ein Fachtext. Geschrieben von Experten/innen für bestimmte Themengebiete – und geschrieben für Experten/innen. Aber selbst für einen Fachtext ist er formal sehr unverständlich. Die formale Verständlichkeit beträgt 3,48 auf einer Skala von 0 (völlig unverständlich) bis 20 (sehr verständlich). Damit ist der Koalitionsvertrag formal unverständlicher als politikwissenschaftliche Doktorarbeiten (4,3).
- Der Koalitionsvertrag ist formal auch unverständlicher als die Wahlprogramme der Koalitionspartner. Das Wahlprogramm der Union erreichte einen Wert von 9,9, das Programm der SPD erreichte 7,3.
- Formal noch am wenigsten unverständlich ist die Präambel (7,56). Formal am unverständlichsten ist das Kapitel über Europa (1,96). Um dieses und die meisten anderen Kapitel zu verstehen, ist die Sprachkompetenz auf dem Niveau von Akademikern erforderlich.“ (<https://www.uni-hohenheim.de/news/textanalyse-koalitionsvertrag-ist-unverstaendlicher-als-doktorarbeiten-4>)

Der Vertrag wurde also nicht für die Mitglieder verfasst und ist für einen ernsthaften Diskurs in der Mitgliedschaft nicht geeignet. Wussten alle Mitglieder worüber sie abstimmten? Zudem hohle Worte und vage Versprechungen und weitere vier Jahr Stillstand. Weder Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Aufhebung der Schuldenbremse, Einführung der längst überfälligen Vermögenssteuer, Reduzierung der Waffenexporte, Finanztransaktionssteuer (nur gemeinsam in der EU), Aufhebung des Kooperationsverbotes in der Bildung... - alles Fehlanzeigen!

Auf den Offenen Brief der Kreisverbände an die regionalen Abgeordneten der Koalitionsparteien im Landtag hat nur Filiz Polat (Bündnis 90/Die Grünen) geantwortet. Die Verweise auf die Schuldenbremse und die Unterrichtsverpflichtungen in anderen Bundesländern bzw. an Gesamtschulen sind keine konstruktiven Antworten und machen deutlich, dass man außer „Verständnis für die Belastung der Kolleginnen und Kollegen“ keine Lösungen hat und auch nicht ernsthaft Lösungen anstrebt.

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir

- neue Mitglieder werben und
- sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in der GEW vor Ort beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse:
gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!

Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder von der Mail-Liste gestrichen!